

„Orban-Preis“ für Dr. Nadine Brodala: Zusammenhang von P.gingivalis im Blut und Entstehung von Atherosklerose **9**

Xerostomie: Regelmäßige Prophylaxe bis hin zu systemischer Stimulation **10**

1. Jahrestagung der DG Endo in Köln (2): Mit Hybrid-Konzept und Mikroskop zum Erfolg **10**

Selbstkonditionierendes Adhäsiv in der Praxis: Arbeitserleichterung für den Zahnarzt **14/15**

Versorgungswerke: Die Rente ist sicher, aber nicht deren Höhe **21**

Seminare und Fortbildung **26-29**

Leserforum **25**

Bereits für Anfang April 2003 hat Schmidt nun den umfassenden Gesetzentwurf für die Gesundheitsreform angekündigt. Wie von Union und Kanzleramt gefordert, sollen darin neben Schmidts Plänen für Ausgabenkürzungen auch Vorschläge zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) enthalten sein. Letztere sind besonders umstritten. Für fast alle Teile der Gesundheitsreform benötigen SPD und Grüne die Zustimmung der unionsregierten Bundesländer.

„Gut informierte Patienten“ seien das Ziel, so heißt es in den

le Patienten dienen. Ärztefunktionäre und Opposition brandmarken diesen Vorschlag als Staatsdirigismus.

Gut informierte Patienten

Alle Versicherten sollen bis 2006 eine neue Chipkarte mit zusätzlichen Daten erhalten, um unnötige Doppelbehandlungen zu vermeiden. Sie speichert alle Angaben zu Behandlungen in der Medizin wie Zahnmedizin, Überweisungen, Rezepte und Notfalldaten. Gesundheitsministerin (Fortsetzung auf Seite 4)

legte jedoch sein Veto ein und wies den Vorschlag gegenüber Seehofer ungewöhnlich scharf zurück: „Horst, das mache ich nicht mit“, habe Stoiber erklärt, berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 7. Februar 2003.

Eingebettet ist die Forderung nach Herausnahme der Zahnheilkunde – also der präventiven, konservierend-chirurgischen, parodontalen und Zahnersatzleistungen – in ein Thesenpapier der CDU-Fraktionsexperten, das in einer Klausurtagung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit der Parteispitze zur Formulierung eigener Eckpunkte der

ser Ausgabe).

Kurzfristige Senkung des Kassenbeitrags mit Selbstbehalt

Das Thesenpapier der CDU/CSU-Fraktion fordert eine kurzfristige Senkung des Krankenversicherungsbeitrags von durchschnittlich 14,4 auf 13 Prozent. Das soll durch eine Finanzierung von Sterbegeld und Leistungen bei Schwangerschaft aus Steuermitteln, einem sozial gestaffelten Selbstbehalt aller Versicherten von 150 bis 300 Euro im Jahr und die Pflicht zum Abschluss einer privaten Versicherung für

Neue Ausnahmegenehmigung für fluoridiertes Speisesalz:

Nutzen vom Verbraucher honoriert

Der karieshemmende Schutz von fluoridiertem Speisesalz ist unbestritten und wird von den Verbrauchern auch honoriert: Der Marktanteil des fluoridierten Speisesalzes am gesamten Speisesalz-Absatz in Haushaltsgebinden liegt jetzt, nachdem es im vergangenen Jahr um weitere rund 4 Prozent gestiegen ist, bei knapp 55 Prozent.

Dies berichtet der Deutsche Arbeitskreis für Zahnheilkunde (DAZ)/Informationsstelle für Kariesprophylaxe, Groß-Gerau. Damit dieses Salz aber auch weiterhin in Deutschland hergestellt und vertrieben werden darf, hat das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Land-

wirtschaft (BMVEL) auf Antrag der Speisesalzhersteller jetzt erneut eine für drei Jahre gültige Ausnahmegenehmigung erteilt. Diese sieht vor, dass pro Kilogramm Speisesalz 250 Milligramm Kalium- oder Natriumfluorid zugesetzt werden dürfen.

Nach wie vor darf dieses Salz nur in Haushaltspackungen hergestellt und vertrieben werden. Dabei könnte mit Jodsalz mit Fluorid eine weitaus größere Breitenwirkung erzielt werden, wenn es auch in Großgebinden in der Gemeinschaftsverpflegung eingesetzt werden dürfte. Dort ist der Einsatz aber nur mit einer Ausnahmegenehmigung des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) mög-

lich, die bisher allerdings nur von ganz wenigen Einrichtungen beantragt wurde.

Für die breitere Verwendung dieses Kombinationssalzes sprechen auch die jetzt vorgelegten Ergebnisse einer mehrjährigen Studie des Universitätsklinikums Heidelberg über die Verwendung von fluoridiertem Speisesalz in der Gemeinschaftsverpflegung, so der DAZ. Die Autoren der Studie kommen in ihrem Abschlussbericht zu dem Fazit, dass der regelmäßige Verzehr von Hauptmahlzeiten, die mit fluoridiertem Speisesalz hergestellt sind, zu einer deutlich messbaren Verbesserung der Fluoridzufuhr führt, ohne das damit eine Gefahr einer Überdosierung besteht.

25. A
46291k
ZB MED

Exklusiv bei
mids
www.mids-dental.de
Medical & Dental Service GmbH
56203 Höhr-Grenzhausen
Telefon: 0 26 24 - 94 99 0
Fax: 0 26 24 - 94 99 29

DZW

Lesen Sie die
aus Praxis
Politik,
Besuchen
www
E-Mail: r